

Meeresbodenbehörde berät unter Druck

Tagung von UN-Tiefseebehörde in Jamaika will nationale Alleingänge im Tiefseebergbau verhindern

Von Thomas Berger

Die Frage ist zentral: Darf ein letzter, bisher noch unangetasteter Naturraum auf diesem Planeten für die kommerzielle Ausbeutung seiner mineralischen Reichtümer freigegeben werden? Am Montag hat in der jamaikanischen Hauptstadt Kingston die jüngste Tagung der Internationalen Meeresbodenbehörde (International Seabed Authority, ISA) begonnen. Bis Monatsende werden hier die Beratungen vom März fortgesetzt, die nicht nur das »Ob«, sondern auch das »Wie« betreffen, also ob der Meeresgrund ganz oder auch nur partiell unter strengen Auflagen für den Tiefseebergbau freigegeben wird. Diverse Konzerne sind schon in Lauerstellung und warten auf grünes Licht für die Erfüllung ihrer Profitinteressen.

Bislang hatte die ISA dies verhindern können. »Keine Einheit für sich, kein Land allein und kein Investor allein hat das Recht, von Ressourcen außerhalb seines Zuständigkeitsbereiches zu profitieren oder diese anzurühren«, hatte ISA-Chefin Leticia Carvalho im Mai erklärt. Sie richtete sich damit gegen unilaterale Vorstöße, einem gemeinsamen Regelwerk vorzugreifen. Ein solcher Akt, warnte sie, könnte eine ganze Flut juristischer Auseinandersetzungen auslösen. Doch das ruft, wie bei vielen weiteren internationalen Regeln, US-Präsident Donald Trump auf den Plan. Er hatte Firmen unter Missachtung der von Carvalho erhobenen Warnungen schon Anträge auf »Erkundungs- und Abbaulizenzen« durch die US-Wetter- und Ozeanographiebehörde gestattet. Konzerne wie Deep Sea Minerals haben davon bereits Gebrauch gemacht.

Sogenannte wissenschaftliche Vorerkundungen sind aber jetzt schon offiziell erlaubt. Immer neue »Forschungsmissionen« von Unternehmen machen Schlagzeilen. Erst am Montag teilte UK Seabed Resources Limited (UKSR) mit, dass ein Team noch diese Woche zu einer 75tägigen Erkundungsmission in die Clarion-Clipperton-Zone (CCZ) mitten im Pazifik aufbrechen werde. UKSR ist eine 100prozentige Tochter des US-Konzerns Glomar Minerals und hat in der CCZ zwei Explorationsgebiete, die laut einem Beitrag des Branchenportals *Ocean Mining Intel* zusammen die Größe des US-Bundesstaats Louisiana umfassen. Ein Teilgebiet ist seit 2015 schon vorerkundet.

Die G7-Staaten hatten Ende Juni mit einer Erklärung betont, zur Versorgungssicherheit mit kritischen Mineralien wie Kobalt, Kupfer und seltenen Erden künftig enger in Bergbau, Verarbeitung, Raffination und Recycling zusammenarbeiten zu wollen. Schon 2024 hatte die Internationale

Energieagentur (IEA) einen immensen Anstieg des Bedarfs errechnet: Dieser teile sich in drei Szenarien mit unterschiedlichem Tempo der globalen Energiewende. Allein bis 2030 könne der globale Markt demnach um 55 Prozent auf 500 Milliarden US-Dollar wachsen, zehn Jahre später sich der bisherige Wert gar auf über 700 Milliarden verdoppeln.

Besagte Mineralien befinden sich in hoher Konzentration in den sogenannten Manganknollen auf dem Grund der Meere. Zwar haben sich schon Regierungen von rund 40 Staaten deutlich gegen Tiefseebergbau positioniert. Doch selbst ein Moratorium ist ungewiss. Die Firmen würden unlauteren Druck auf die ISA ausüben und hätten in den USA einen »unverantwortlichen Alliierten«, kritisierte Alejandro Olivera, Wissenschaftler und Vertreter Mexikos beim Center for Biological Diversity, das an der Tagung beteiligt ist. Die US-Naturschutzorganisation hat laut eigenen Angaben 1,8 Millionen Mitglieder.

In Indonesien machte sich die Koalition Publish What You Pay (PWYP) im Juni für ein explizites Abbauverbot stark. Der südostasiatische Inselstaat gehört dem ISA-Rat an und könne damit entsprechenden koordinierenden Einfluss auf die Beratungen ausüben, heißt es in einem Schreiben an das Außenministerium und das Ministerium für maritime Angelegenheiten. Es geht dabei über den konkreten Tiefseebergbau hinaus, denn Indonesien könnte mit den Schmelzanlagen in seiner Bergbauindustrie zu einem vorrangigen Verarbeitungszentrum geförderter Manganknollen werden. Das beinhalte etwa auch das Risiko einer Verschmutzung küstennaher Ökosysteme, warnt das Bündnis. Die Folgen einer Förderfreigabe für die Mineralien vom Tiefseeboden zu Lasten der Natur seien unabsehbar.

<https://www.jungewelt.de/artikel/526098.tiefseebergbau-meeresbodenbehoerde-beraet-unter-druck.html>